

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 28. August 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 27. August. Die Thätigkeit der Aufstellungskommission ist im Laufe dieses Sommers nur wenig hervorgetreten. Ab und zu wurde von einem weiteren Gutsanbau berichtet, doch ist auch in diesen Vorträgen ein langweiliges Tempo eingetreten. Darin liegt durchaus nichts Befremdliches. Schon die letzte Denkschrift, welche dem Landtag vorgelegt wurde, wies auf den großen Umfang der bereits in den Besitz der Aufstellungs-Kommission gelangten Güter hin. Ueber die ersten Anfänge der Kolonisation war bereits in den beiden letzten Denkschriften berichtet. Im Laufe dieses Jahres wird eine größere Anzahl von Gütern zur Versteigerung gelangt sein, und je größere Fortschritte in dieser Richtung gemacht werden, um so mehr wächst das Interesse an der Thätigkeit der Kommission. In diesem Jahre wurden auch die ersten Anträge aus Südwestdeutschland erwartet, in deren Auftrag im vorigen Jahre eine Abordnung von sechs Landwirthen in Posen erschienen war, um sich persönlich von den dortigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu überzeugen. Von der Aufstellungskommission wurde diesen Bewerbern weitgehendes Entgegenkommen gezeigt und mit Recht. Diese württembergischen Bauern verfügen nicht nur über reichliche Geldmittel und tüchtige landwirtschaftliche Kenntnisse, sondern sie bieten in ihrem feinen Charakter zugleich alle Garantien dafür, daß etwaige Bodenversauerungen an ihnen machtlos abprallen würden. Daß bei den bisherigen Aufstellungen auch einige Nachschüsse nicht ausbleiben, hat die Aufstellungskommission selbst mit rückhaltloser Offenheit eingestanden. Eben dieses Fernhalten von aller Schönfärberei scheint die besten Wirkungen für sich zu bieten, daß es ihr gelingen wird an der Hand der bisher gemachten Erfahrungen der Möglichkeit eines Mißerfolges im Einzelnen immer enger Grenzen zu ziehen. Denn an die Möglichkeit der Verpachtung der 100 Millionen überhaupt wird selbst der Urheber dieser Prophezeiung, Herr Windthorst, nicht mehr glauben.

Der Kaiser erschien am Montag Nachmittag 3 Uhr in Gemeinschaft mit der Kaiserin ganz unerwartet auf der **Matrosenfestung** an der Schwanebrücke zu Potsdam. Er trug feierliche Anordnung, daß die „Alexandria“ sofort mit einer Fahrt klar gemacht würde. Das Dampfgeschiff lag noch ungehebt in seinem Schuppen, so daß es etwa eine Stunde währte, ehe das Schiff zur Abfahrt fertig wurde. Während dessen verweilten die Majestäten auf der Matrosenfestung, wo sich bald darauf auch Prinz Friedrich Leopold mit seiner Gemahlin einfanden. Bald nach 4 Uhr besaßen die Herrschaften mit ihrem Gefolge die „Alexandria“ und machten eine Kurzfahrt auf der Havel nach dem romantischen Jungfernsiedel, und sodann nach der Namerichsinsel. Um 7 Uhr traf die „Alexandria“ wieder auf der Matrosenfestung ein, wo sich inzwischen ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Die plötzliche Anwesenheit der Kaiserin hatte nämlich in Potsdam das Gerücht entstehen lassen, daß der Kaiser den Jar von Charlottenburg per Dampfgeschiff abhole, und dieses Gerücht wurde umso mehr geglaubt, weil auch ein künftiger Gedächtnistag an der Matrosenfestung hielt und zahlreiche Schiffe dortselbst postiert waren. Der Kaiser trug die Uniform des Regiments der Garde zu Fuß und tuschelte ein leichtes zweifelhaftes Stabstocher. Die Kaiserin sah ihm zur Seite, sie trug ein cremefarbiges Gewand und einen Hut mit langer wallender grauer Feder. Prinz Friedrich Leopold sah sehr leidenschaftlich aus.

Auf den städtischen **Rieselsbütern Malchow und Wanenburg** mit 5000 Morgen Ackerfläche sind insgesamt 64 Kilometer Gräben gezogen. Die Instandhaltung des Rieselsandes einschließlich der Gräben kostet für den Morgen etwa 10 Mark. Auf den Gütern werden 140 Zugochsen und 32 Pferde, sowie 72 Kühe gehalten. Während am Beginn der Bewirtschaftung vor etwa 7 Jahren die Verwaltungskosten nicht gedeckt werden konnten, wird jetzt von ihm ein jährlicher Ueberschuß von etwa 80,000 Mark erzielt. Außer den gewöhnlichen Arbeitern, darunter 40 Kiehlwäcker, werden regelmäßig 200 Arbeitshäuser beschäftigt. Obgleich die Kiehlwäcker mit dem mit Äpfeln gesättigten Rieselswasser fortwährend besetzt sind, ist seit 7 Jahren noch nicht ein einziger betriebsfähig erkrankt. Die Züchtung von Zuckerrüben hat sich nicht bewährt, da der Zuckergehalt ein verhältnismäßig zu geringer ist; die Versuche damit werden aber fortgesetzt. Allenfalls könnten vom Besuche von Stadtvorstreitern aus dem In- und Auslande, welche die Verrieselungs-Anlagen studieren.

Das **Börsen-Kommissariat** hat beschlossen, dem künftigen Kollegium den Schluß der Börse am nächsten Montag zu empfehlen. Hingegen erfolgt an diesem Tage die Differenzierung in unveränderlicher Weise und werden etwaige Retenrposten am Montag Nachmittag durch den Kassierereisen zurückgeführt.

Vor einiger Zeit brachte die „**Berliner Börsen-Zeitung**“, welche neuerdings den Beruf füllt, sich artilleirischer oder mit diesen verwandter Dinge anzunehmen, die Meldung, die **Karabiner** werde in Kürze mit **Karabinern** ausgerüstet, und sie wüßte sogar schon zu sagen, daß die Karabiner an der Probe befestigt würden. Die Meldung machte darauf die Kunde durch die Blätter, und die Folge war, daß man sich mit der Frage der Möglichkeit einer Einrichtung beschäftigte, welche in früheren Jahren wohl Verleumdung hat, in unserer Zeit jedoch als aufgegeben betrachtet werden kann. Das Werkwürdigste an der Sache war nur, daß sich von keiner Seite Widerspruch gegen eine Nachricht von dieser Tragweite erhob, jedenfalls weil dieselbe mit solcher Bestimmtheit auftrat, daß man annehmen mußte, sie sei authentisch. Erst kürzlich traten ihr die „Hamb. Nachr.“ mit Ausführungen entgegen, welche wohl als ziemlich richtig angesehen werden können. Danach wäre die Sache erwogen, aber bereits aufgegeben worden. Wie nun die „Berliner

Börsen-Zeitung“ das Gegenteil behaupten konnte, wird sie gewiß nicht unterlassen, näher anzuführen, denn sie muß ja in die Sache eingeweiht sein!

Wir können nicht einsehen, welches Interesse eine Zeitung an der Verbreitung von militärischen Nachrichten haben kann, welche der Öffentlichkeit nachhinken. Handelte es sich um die Diskussion einer ins Auge gefassten Aenderung, so ließe sich eine solche erklären, aber nach Allem, was man hört, ist das nicht der Fall. Die Feld-Artillerie hat durch mannigfache Vervollständigungen in der Technik so an Selbstständigkeit und Wirkung gewonnen, daß ein Karabiner nur als lästige Beigabe bezeichnet werden könnte. Im Gefecht ist sie immer in Verbindung mit anderen Waffen und auf dem Marsche oder in der Ruhe unter Bedeckung anderer Waffengattungen. Wozu soll er gebraucht werden? Das neue Reglement für die Feldartillerie hat Alles aus der Ausbildung entfernt, was für den Krieg nicht notwendig ist; das, was notwendig, fordert es aber mit der größten Rücksichtlosigkeit und Strenge. Es legt den Nachdruck auf die artilleirische Ausbildung unter allen Verhältnissen. Aus diesem Grunde hat man bekanntlich das Brauervotum der Artillerie des reitenden Artilleristen getrichen und sich dadurch die Zustimmung aller praktischen Männer erworben. Es wäre unvernünftig, daß ein Karabiner zu ähnlichen Klümpchen in der Führung eines Feuergefechts mit Handfeuerwaffen „verleitet“, daß man Feldartilleristen ein Schützengesecht und wohl gar einen Schützenauflauf ausführen läßt. Bei der Festungsartillerie ist ein Gewehr möglich; das liegt in der Besonderheit dieser Waffe. Bei der Feldartillerie spricht keine Besonderheit für das Gewehr, und wenn sie eine tüchtige Ausbildung an dem heutigen Geheiß erhält, dann ist alles Weitere nur von Uebel. Für diese Ausbildung ist aber durch das neue Reglement gesorgt, und seit seiner Einführung war augenscheinlich der Gebanke an die Bewaffnung mit Karabinern verworfen. Dies wird wohl der innere Zusammenhang einer Sache sein, die am besten als altes Eisen ruhen gelassen werden wäre.

Ueber die Frage der **Verlängerung des Bankgesetzes**, welche in der nächsten Tagung des Reichstags zur Verhandlung gelangen wird, hat sich **Professor Soetbeer** in mehreren Artikeln geäußert, als deren Ergebnis wohl der Wunsch bezeichnet werden kann, vorläufig keine Aenderung des Gesetzes vorzunehmen. Es heißt in diesen Erörterungen u. A.:

Daß in der nächsten Session des Reichstags Anträge auf gänzliche Verstaatlichung der Reichsbank werden gestellt werden, halten wir, wie schon erwähnt, für wahrscheinlich, glauben aber nicht, daß dieselben Aussicht auf Annahme haben, noch zu langwierigen Debatten Anlaß geben werden. Um so mehr dürfte dies aber in Bezug auf Anträge wegen Revision des Bankgesetzes eintreten. Fast alle Wünsche und Vorschläge, welche 1875 bei Beratung dieses Gesetzes in der zur Prüfung desselben niedergesetzten Kommission oder im Plenum des Reichstags ohne Erfolg vorgebracht wurden und sich zum Teil geradezu widersprechen, dürften jetzt auf eine neue ihre eifrigen Vertreter finden. Im Allgemeinen muß das bestehende Bankgesetz befriedigt und seinen Zweck erreicht haben, denn andererseits würde unabsehlich schon im Laufe der letzten Jahre die Revision desselben ernstlich in Frage gekommen sein. Diese Anerkennung schließt aber nicht aus, daß sehr viele meinen, das Gesetz könne noch weit mehr leisten, wenn diese oder jene Verbesserung bei einzelnen Bestimmungen vorgenommen würde; hierzu bietet nun die gegenwärtige Revision willkommene Gelegenheit und lasse sich solches mit Leichtigkeit erreichen. Unsere Ansicht ist dagegen, daß die zu erstrebenden Wirkungen oder vermeintlichen **Verbesserungen des Bankgesetzes keineswegs leicht werden erreichen** lassen, daß vielmehr Gefahr droht, eine schon jetzt vorgeschlagene Revision werde das Gesetz und auch die tatsächlichen Verhältnisse unseres Geld- und Bankwesens eher verschlechtern als verbessern. Es ist zu wünschen, daß die gegen eine schon jetzt vorzunehmende Aenderung unseres Bankgesetzes sich erhebenden Bedenken von der öffentlichen Meinung noch vor der Beratung der Sache im Reichstage ruhig und unbefangenen erwogen werden mögen. Die beste Mahnung hierzu scheint uns durch eine **Wirkung dessen, was unsere Reichsbank bisher geleistet** und wie sie ohne alle Revision des Bankgesetzes ihrer Aufgabe vollkommen und erweitert hat, gegeben zu sein. Man wird mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen dürfen, daß unter dem tunsfähigen deutschen Gelde im Jahre 1888 das Verhältnis der Reichsgeldmengen zu den Zahlungsmitteln ausnehmend stark war als im Jahre 1876, und daß der Geldbestand unserer Reichsbank zu Anfang 1889 verhältnismäßig eine Summe von nahezu 600 Millionen Mk. aufzuweisen hatte, bei einem Notenumlauf von 1003 Millionen Mk. Die Bank von Frankreich hatte gleichzeitig einen Goldbestand von 823 Millionen Mk. bei einem Notenumlauf von 2003 Millionen Mk. und die Bank von England von 366 Millionen Mk., bei einem Notenumlauf von 477 Millionen Mk. Unser bestehendes Bankgesetz und die Verwaltung unserer Reichsbank haben in dieser Hinsicht sich vollkommen bewährt und den Vergleich mit den anderen großen Zentralbanken nicht zu scheuen. Was das Verlangen betrifft, daß die Reichsbank auf die allmähliche Einschränkung des Halberstadter in den deutschen Geldumlauf hinwirken und nach dem Vorgange der französischen, der niederländischen und anderer Zentralbanken spezielle Nachweise über ihren Goldvorrath veröffentlichen möge, so kann beides, auch ohne Revision des Bankgesetzes, lediglich im Verwaltungswege nach Beschluß des Bankratums geschehen, und wir möchten allein dieser Punkte wegen eine Aenderung des Gesetzes nicht beantragen wünschen.

Der **Verband der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** veröffentlicht eine Abrechnung über die zum Zwecke der sozialdemokratischen Propaganda vom 1. April bis 30. Juni eingegangenen Geldbeträge. Es sind danach im Ganzen mehr als 13,000 Mark, und zwar rund 1800 Mark für Unterstützungszwecke, 4300 Mark für den Reichstags-Wahlkampf, 6700 Mark zur Unterstützung der Oberfelder Angelegenheiten, und nicht ganz 400 Mark für die Familien der Verstorbenen gezahlt worden. Die Beitragsliste weist außer nicht sehr erheblichen, offenbar in einzelnen

Kreisen von „Genossen“ gesammelten, Beträgen auch ganz bedeutende, von einzelnen Personen beigelegte, Summen nach. So finden wir auf der, im Ganzen aus noch nicht 120 Nummern bestehenden Liste: A's Rentensteuer 779 Mark. — Vom Mann im Mond (Die „Freiwillige Zeitung“ findet diese Bezeichnung „nechtisch“) 700 Mark. — Spitz 2500 Mark. — Hamburger Fremde 5000 Mark. Gegenüber diesen Summen nimmt es sich sonderbar aus, wenn die sozialistischen Führer immer von der Opferwilligkeit der Arbeiter sprechen, welche freudig ihre „Großen“ für die Bewegung beisteuern. Wer mögen aber die reichen Leute sein, welche den Sozialdemokraten zu ihrem Reptilienfonds so bedeutende Beiträge liefern und welche Zwecke mögen die Spender dieser großen Summen dabei wohl verfolgen?

Die Freiwillichen scheinen mit der **Gründung ihrer Arbeitervereine** nicht gerade viel Glück zu haben; zwar wird die Thätigkeit des Herrn Raak in Charlottenburg, welcher das Gründungs der Vereine als Spezialität betreibt, als äußerst erfolgreich von den Parteiganzen geschildert; aber in Wirklichkeit scheint der Erfolg doch ein so sehr bescheidener nicht zu sein. Spätestens bemerkt darum auch das „Organ für die Interessen der Arbeiter“: „Wenn uns irgend etwas belustigen könnte, so wäre es das, wenn wir einmal die wirklich sozialistischen Arbeiter Berlins auf einem Hausen sehen könnten. Unabsehbare Scharen sind es jedenfalls, die sich um das verblühte Banner Eugen Richters scharen, die mancherlei Ausbeutungstheorie wird unter den Arbeitern wahrscheinlich einen wahrhaften Jubelsturm hervorrufen. ... Wie wird den sozialistischen Unternehmern das Herz im Leibe lachen, wenn sie auf die anderthalb Tausend Leute, die sich in so unabhängiger Stellung befinden, daß sie nicht anders können, als dem tyrannischen Nachdruck ihrer „Brodgeber“ Folge zu leisten, wenn sie auf diese anderthalb Tausend Leute herabschauen.“ Das „Vollblatt“ hat mit seinem Spott nicht ganz Unrecht. Diejenigen Arbeiter, welche Unzufriedenheit abgibt, haben eine christliche, eine monarchische, eine konservative Gesinnung. Die Arbeiter sind die mit der jetzigen Gesellschaftsordnung Unzufriedenen, die Unversöhnlichen, welche sich in Folge sozialdemokratischer Pfaffen berufen glauben, derer selbst der Gesellschafts-Geistes vorzuschreiben. Der Sozialist, welcher nur negativ, ist also nicht geeignet, besondere Anziehungskraft auf die Arbeiter auszuüben. Daß aber bei Stichwahlen oder bei einem Mangel an eigenen Kandidaten, und ganz ausgesprochen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Stimmen der freiwillichen Partei zur Verfügung stellen, ist eine Thatsache, an welcher auch der Spott des „Vollblattes“ nichts zu ändern vermag.

Ein **Gastgeschenk** ganz besonderer Art hat die Stadt **Strasburg dem Kaiserpaar** bei seinem jüngsten Besuch überreicht. Es ist ein literarisches Werk, welches das Andenken an die alte und an die neuere Zeit in sich vereinigt und so gewissermaßen den zwischen beiden bestehenden innern Zusammenhang zum Ausdruck bringt. Das Werk nennt sich: „**Deutsche Kaiser und Könige in Strasburg**“, Blätter aus der Geschichte der Westmark des Reiches von Hermann Ludwig. Dieses Strasburger Kaiserbuch ist von dem in der eilfjährigen Sondergeschichte wohlverdienten Verfasser mit reichen Einzelheiten ausgestattet, so daß nicht bloß die Geschichte der einzelnen Kaiserbesuche, sondern zugleich kulturgeschichtliche Abrisse aus den betreffenden Zeiten gegeben werden. Der Verfasser standen reiche wissenschaftliche Hilfsquellen zu Gebote, so namentlich das Strasburger Urkundenbuch, und ist es ihm gelungen, mit diesen Mitteln ausgerüstet, „manche mittelbare oder unmittelbare berührte irrtümliche ursprüngliche Angabe, die sich mitunter bis in die neuesten Darstellungen erhalten, zu berichtigen.“

Der erste Teil des vielseitigen Werkes handelt von Strasburgs Wechselbeziehungen zu Kaiser und Reich während der altmährischen Entwicklung der Stadt. Der zweite Teil zeigt die Hofstadt Strasburg im Spiegel des ersten Stadtrichts. In diese Zeit fallen die Besuche von Heinrich I., Otto I., Otto III., Heinrich II., Konrad I., Heinrich III., Heinrich IV., Heinrich V., Konrad III., Friedrich I., Friedrich VI., Philipp von Schwaben, Otto IV., Friedrich II., Wilhelm von Holland und Richard von Cornwallis. Die Zeit der „freien Reichsstadt“ umfaßt der dritte Teil und mit ihr die Besuche von Rudolph I., Rudolph von Habsburg, Albrecht I., Heinrich VII., Friedrich von Österreich, Ludwig dem Bayern, Karl IV., Rupprecht, Siegmund, Friedrich III., Maximilian I., Karl V., Ferdinand I. und Maximilian II. In der nun folgenden dritten Zeit der französischen Herrschaft, in welcher Strasburg zwar noch „königliche freie Stadt“ genannt wurde, thätig aber immer mehr zur französischen Provinzialstadt hinantrat, war von deutschen Kaisern nur Joseph I. zu Buche hier. Um so glanzvoller steht die neue Zeit an, da Strasburg aus der kleinen französischen Provinzialstadt eine deutsche Reichslandhauptstadt geworden ist. Mit Zug hat der Verfasser auf diese Zeit großen Nachdruck gelegt. Vier Kaiserbesuche hat Strasburg namentlich in dieser neuen Zeit gehabt, einer glanzvoller als der andere. Kaiser Wilhelm I. war 1877, 1879 und 1886 hier. Alle drei Male wohnte er in der ehemaligen Präfectur, dem jetzigen Statthalterpalaste. Die Vollendung der neuen Kaiserpalast zu sehen, war ihm nicht beschieden, und ebensoviele seinem Sohne, Kaiser Friedrich. In diese Zeit nun in diesen Tagen, am 20. August des Jahres 1889, sein Enkel, Kaiser Wilhelm II., und dessen Gemahlin, die Kaiserin Augusta Viktoria, unter dem Jubel der Bürgerschaft eingezogen und haben dort Tage verlebt, die ihnen sicherlich in der Erinnerung haften werden. Dem Kaiser, der Kaiserin, dem Großherzog von Baden und dem Statthalter ist je ein kostbar gebundenes Exemplar übergeben worden. Die Hände für das Kaiserpaar waren in weißes Schweinsleder gebunden, mit Goldrand und Namenszug rot emailliert. Die für den Großherzog von Baden und den kaiserlichen Statthalter bestimmten Exemplare hatten einen Einband von rotem Schreinleder mit reicher Goldverzierung.

Das **neue französische Wehrgesetz** ist in diesen Tagen von der „A. Z.“ einer Verurteilung unterzogen worden, deren Schlüssigkeit wir bereits mitgeteilt haben. Zu gleicher Zeit haben auch andere Blätter, denen Beziehungen zu amtlichen Kreisen zugeschrieben werden, diesem Anfall in Kraft getretenen neuen französischen Gesetz besondere Aufmerksamkeit zugewandt und in der Ausführung desselben eine nicht unbedeutliche Ueberschätzung Deutschlands erblickt. Es ist wahrscheinlich, daß diese Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden und zu erhöhten militärischen Forderungen führen wird. Angeht die Wichtigkeit des Gegenstandes stellen wir hier das Wesentliche dessen zusammen, was bisher hierüber veröffentlicht worden ist. Zur Begründung ihrer Ansicht von der zu beforwortenden militärischen Ueberlegenheit Frankreichs schreibt die „A. Z.“:

„Das neue französische Wehrgesetz ist ein sehr bedeutender und folgenreicher Schritt. In dem es den Grundgedanken seiner eigentlichen Bedeutung in der französischen Presse dargestellt wird, eine Nachahmung und Beantwortung unseres Wehrgesetzes vom Jahre 1887, sondern eine ganz wesentliche Ueberbittung desselben. Schon bisher stellte Frankreich, trotz seiner um 9 Millionen geringeren Einwohnerzahl, ziemlich ebenso viele Rekruten jährlich ein wie Deutschland seit 1887, sein stehendes Heer übertraf sogar das unsrige um 22,000 Mann (489,900 nach dem Vorschlag für 1889 gegen unsern Friedensstand von 463,400 Mann). Zu Zukunft wird Frankreich nun jährlich 60,000 Mann mehr einstellen, folglich mehr ausbilden und mehr zur Reserve entlassen. Wenn auch ein Teil der Eingestellten nach einem Jahre entlassen werden soll, so wird doch die durchschnittliche Dienstzeit aller Eingestellten nach der niedrigsten Berechnung 24 1/2 Monate betragen, wenig geringer als unsere, sich auf etwa 28 Monate stellende durchschnittliche Dienstzeit. Frankreich wird also in absehbarer Zeit über erheblich größere Massen ausgebildeter Soldaten verfügen, als Deutschland. Es wird sich thätig nach dem Ideal allgemeiner Volksbewaffnung für den bis auf den heutigen Tag zurückgebliebenen Volkskrieg. Die levere en masse, welche die Revolution improvisierte und welche Gambetta im Drange der Noth nachzuahmen versuchte, wird nun planmäßig vorbereitet; nicht mehr ungeschulte Volkssoldaten wird der künftige Diktator aufweisen, sondern geschulte Soldaten in bisher nicht gekannten Zahlen. Das Wesentliche ist aber, daß für diese Millionen von Soldaten auch in einer von uns nicht erreichten Weise die Vorbereitungen im Frieden getroffen sind, um sie zu Truppenkörpern, zu Bataillonen, Regimentern, Divisionen, Armee- und Marine- und Luftwaffen zusammenzufassen, mit Führern und Stäben auszustatten. Frankreich besitzt schon jetzt, nach seiner unaufhörlich fortsetzenden, vom Parlament mit der größten Bereitwilligkeit und erstaunlichen Selbstwilligen geförderten Heeresverfassung, erheblich größere Rekruten zur Verfügung seiner Wehrfähigen als wir, und es hat sein Heer im Frieden viel reicher mit Reserveoffizieren ausgestattet, die in großer Zahl zur Führung der Reformation verfügbar sind. Daß man in Frankreich die Aufstellung von Reserve-Armeeen beabsichtigt, ist kein Geheimnis mehr. Die Mannschaften sind vorhanden, die Stäbe werden binnen Kurzem auch geschaffen sein; im Uebrigen eignet sich die ganze Gliederung des französischen Heeres vortrefflich, um aus dem Bestehenden heraus Neubildungen in gewaltigem Umfang in der Mobilmachung erleben zu lassen. Bei den heutigen Massen spielt die Gleichförmigkeit der Eintheilung und Gliederung eine große Rolle. Diesen Vorzug besitzt die französische Armee in hervorragendem Maße. Ein Armee-Korps ist wie das andere gebildet bis auf die letzte Train-Kompagnie. Das französische Heer kennt nicht die mannigfaltigen Unebenheiten und Verschiebungen, die unsern deutschen Heere in Folge seiner eigenartigen Entwicklung anhaften. Jeder Mobilmachungsgeheiß kann im Ministerium gleichlaufend für sämtliche Korps, für alle Regimenter erlassen werden. Jedes Linien-Regiment fällt seine vier Bataillone-Adressen, dahinter stellen sich die Reserve- und Landwehr-Bataillone auf, in dem einen Bezirk wie im anderen. Wo es sich um Organisation und Bewegung von Millionen handelt, ein nicht zu unterschätzender Vorteil.“

Zum Schluß heißt es dann, wie bereits in einer früheren Nummer hervorgehoben, daß es die höchste Zeit sei, zu unteruchen, ob nicht einzelne Theile der deutschen Armee erweitert und verstärkt werden müßten.

Der **englisch-amerikanische Streitfall** wegen des Robbenfanges in dem Behringsmeere harret noch immer der Beilegung. In London würde man sich die Sache vielleicht mehr zu Herzen nehmen, wenn das Vorgehen der amerikanischen Zollfreier nicht im Grunde ein mehr platonisches als praktisch wirksames wäre, denn letztere hüten sich wohl, ein die englische Flagge tragendes Robbenfahrzeug mit Beschlag zu legen, sondern lassen es bei Konfiskation der etwa vorgefundnen Jagdbeute bewenden, während die Schiffe selbst völlig frei und unbehindert nach ihrem Bestimmungsorten in Kanada oder Britisch-Kolumbien zurückkehren ohne weiteren Nachtheil als den, daß sie einige Tage oder Wochen ihrem Berufe fruchtlos obliegen haben. Offenbar bezweckt das amerikanische Vorgehen in Sachen der Behringsmeerausbeutung weiter nichts, als eine Abschreckung aller nichtamerikanischen Interessen, damit die amerikanischen Jagd- und Fischereigesellschaften in den Behringsmeeren unangefochtenen Spielraum erhalten. Ueber die Grenze hinaus geht man nicht, weil man allen Grund hat, englischen Repräsentanten aus dem Wege zu gehen, die aber nicht ausbleiben würden, wenn die amerikanischen Schiffe sich eine Vergeßlichkeit der englischen Flagge zu Schulden kommen ließen. So bewegt sich denn der Streit nach wie vor auf diplomatischem Gebiete und dreht sich in seinem gegenwärtigen Stadium lediglich um Erörterung der Rechtsfrage, trägt also einen streng akademischen Charakter. In Amerika spricht sich die öffentliche Meinung mit vieler Wägung über den Zwischenfall aus, und würde es sehr leicht bemerken, falls das Washingtoner Kabinett etwa eine herausfordernde Haltung sollte einnehmen wollen. Weniger milde gestimmt sind die kanadischen Politiker. Sie fordern von England, daß es sich der kanadischen Interessen, welche bei der ganzen Angelegenheit im Vordergrund stehen, thätig

tig annehme, als dies bisher der Fall gewesen, und deuten an, daß Kanada den Verzicht seiner Zugehörigkeit zum britischen Reichsverbande in Zukunft nach dem Grade des Eisens bemessen werde, mit dem England sich den kanadischen Angelegenheiten widme. Wenn es nach den Wünschen der Kanadier ginge, so würde alsbald eine englische Kriegsschiffe nach den Behringsmeeren in See ziehen und die amerikanischen Zollkreuzer, welche kanadische Robbenjäger belästigen, zur Vernunft bringen. Soldaten tabulären Maßregeln ist das Londoner Kabinett aber aus triftigen Gründen abgeneigt, das weiß man in Washington und rechnet auf einen weiteren Verlauf der Affäre, welcher, wenn nicht zu einem vollständigen Siege des amerikanischen Standpunktes, so doch wenigstens zu einem den amerikanischen Interessen vortheilhaften Kompromiß führen würde.

Kassel, 26. August. In der Ausstellung für Jagd, Fischerei und Sport hieselbst wurde gestern ein **Fischtaubenpost** veranstaltet. Am Freitag und Sonnabend trafen nämlich in großen Körben etwa 400 Tauben der vereinigten Fischtaubenpost-Vereine aus Hannover, Dammort, Künden und Hildesheim hier ein. Es lag nun im Plane, dieselben in einzelnen Gruppen in der Zeit von 8 bis 10 Uhr am Sonnabend Vormittag nach und nach aufzulassen zu lassen. In Folge des ungünstigen Wetters (weil die Tauben bei Regen nicht gut aufsteigen) mußte man aber hiervon absehen und die Tauben auf einmal um 8 1/2 Uhr, als der Regen nachließ, aufsteigen lassen. Die Tauben gingen in dichtem Schwarm in die Höhe, orientierten sich aber bald und schlugen die direkte Richtung nach Hannover bzw. Hildesheim ein. Wie nach jeder telegraphisch berichtete wurde, trafen die 12 ersten Tauben nach 2 bis 2 1/2 Stunden an allen drei Orten ein. Gewiß eine recht ansehnliche Leistung; denn die Entfernung zwischen Hannover und Kassel beträgt zu Bahn 166 Kilometer und der schnellste Nacht-Kurierzug braucht 3 1/2 Stunden Fahrzeit. Das Ausstellungs-Komitee hatte für Preise 300 Mark ausgesetzt. Die Sieger wurden heute von Hannover, Hildesheim u. s. w. nach hier zurückgeführt, um preisgekrönt und benannt zu werden, was denn auch seitens des Publikums reichlich geschah.

Belgien.

Brüssel, 25. August. Nach langen und eingehenden Prüfungen hat die mit der Wahl des neuen **Repetitionswehres** für die Infanterie betraute Kommission endlich ihr Urtheil abgegeben. Das Manufakturwehre, belgisches Modell von 1889, wurde von den fünf zum Wettbewerb zugelassenen Modellen als das vorzüglichste befunden und ist deshalb dessen Einführung in der belgischen Armee nunmehr mit Gewißheit anzunehmen. Die ersten Versuche mit kleinteiligen Schusswaffen wurden bereits im Jahre 1886 von der belgischen Waffen-Inspektion angestellt, und zwar mit sämtlichen, damals bekannten Repetitionswehren. Auf Grund dieser Versuche ernannte im folgenden Jahre die Regierung jene Kommission, welche unter der Leitung des Generalleutnants Baron van der Smitten zwei Jahre lang die fünf zur Auswahl vorgelegten Modelle, nämlich **Mauser, Mannlicher, Nagant, Pieper** und **Schulhoff**, den genauesten Prüfungen hinsichtlich ihrer Handhabung und Leistungsfähigkeit unterzog. Von jedem Modelle waren hundert Gewehre verteilt. Damit die Versuche nicht nur theoretisch, sondern besonders mit Rücksicht auf den praktischen Feldgebrauch, auf die tauglichsten Zulieferungen, denen das Gewehr während des Krieges ausgesetzt ist, durchgeführt würden, war darauf Rücksicht genommen, daß auch die übrigen Mitglieder der Kommission aus berühmten Soldaten zusammengesetzt waren, wie z. B. die Major Reijon und van der Dussen, sowie die Hauptleute Schmeid, Janssens und Van Bunderen. Die Modelle Pieper und Schulhoff wurden bereits nach den Versuchen vom Juni 1888 als nicht entsprechend zurückgestellt und bei den letzten, mit schwarzem Schießpulver angestellten Versuchen vom Juni 1889 war die Reihenfolge der drei übrigen Modelle, gemäß befundener Tauglichkeit: **Mauser, Nagant, Mannlicher**.

Die letzten Monate waren den Schießversuchen mit rauchfreiem Pulver, nämlich dem sogenannten Papierpulver und dem Pulver H. P., gewidmet, und wenn das Mausermodell auch hier die größte Dauerhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit bewies, so verlor dagegen das Nagant-Modell unverhältnismäßig an Brauchbarkeit, so daß namentlich das Mannlicher-Gewehr als zweites in der Reihenfolge eingestellt wurde. Die „Belgische militaire“ bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß die von dem schweizerischen Hauptmann Hebler zu Ungunsten des sogenannten Papierpulvers vorgebrachten Bemerkungen durchaus grundlos seien, und daß vielmehr dieses Pulver mit vorzüglichem Erfolge angewandt wurde. Bezüglich der Herstellung der nötigen Anzahl von Gewehren, gleichviel welchen Modells, hat die Regierung bereits einen Vertrag mit der nationalen Waffenfabrik in Lüttich abgeschlossen, und da ja auch die Lieferung neuer Gewehre für die Artillerie der nationalen Gesschützerei in Lüttich bereits übertragen ist, so bleibt zu hoffen, daß die belgische Armee bezüglich ihrer äußeren Ausrüstung bald den Anforderungen der modernen Kriegskunst Genüge leisten wird.

Frankreich.

Paris, 25. August. (Voss. Zig.) So weit sich dies jetzt vorbereiten läßt, kann man annehmen, daß die **nächste Kammer** ein von der gegenwärtigen recht verschiedenes Angeicht zeigen wird. Das politische Personal hat sich seit der Gründung der dritten Republik nicht wesentlich verändert. Die alten Achtundvierziger, die im Jahre 1871 gleichsam kraft geschichtlichen Rechtes in die Bewegung eintraten, sind weggefallen oder haben sich zurückgezogen und von dieser Gattung wäre eigentlich nur noch der florentiner, deklamatorische Herr Madier de Montjan in der Kammer zu nennen. Aber ihr Erlaß war schon am 4. September in der Breiche und ist seitdem im Stande des Besesses geblieben. Die Gegner des Kaiserreichs, die Verführer und Unstiftler der letzten Jahre vor dem Kriege waren der Kern, um den sich von 1871 an allmählich jüngere Ueberläufer und neue Weichen scharten, und dieses Häuflein, heute schon ergraut, widerwillig, fechtbändig und meist vom Strahlenglanz einer Ministervergangenheit um-

